



Dr. Reinhard Brandl  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede im Deutschen Bundestag  
am 18. Oktober 2012

**Der Markt entscheidet in welchen Berufen wie viel ausgebildet wird**  
**Rede zum Berufsbildungsbericht 2012**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Vor kurzem habe ich einen schönen Begriff gehört: Bildung à la Merkel. So nennen die Spanier das deutsche System der beruflichen Bildung. Nicht nur dort, sondern in ganz Europa wird unser System bewundert.

(Marianne Schieder [Schwandorf] [SPD]: Aber nicht wegen Merkel!)

Das hat einen ganz speziellen Grund: Bei der Jugendarbeitslosigkeit lagen wir im August in Deutschland bei 8,1 Prozent. Das ist spitze in Europa. Der Durchschnitt liegt bei 22,7 Prozent. Spanien erreichte traurige 52,9 Prozent. Dass wir bei diesem Wert, der wie kaum ein anderer die Zukunftsperspektiven junger Menschen ausdrückt, so gut sind, hat seinen Grund auch im System der beruflichen Bildung. Das liegt natürlich auch an der wirtschaftlichen Lage und an der demografischen Entwicklung, aber eben auch an dem System der beruflichen Bildung.

In Madrid gibt es eine Modellschule, in der nach deutschem Vorbild ausgebildet wird. Rund 1 400 Absolventen haben diese Schule bisher durchlaufen. Der Schulleiter wird auf Spiegel Online mit den Worten zitiert: Mir ist kein einziger arbeitsloser Schüler bekannt.

Ich weiß, dass keiner von Ihnen das System der beruflichen Bildung, das System der dualen Ausbildung infrage stellt. Das heißt aber nicht, dass wir unser System nicht noch weiter verbessern können. Dabei dürfen wir aber nicht den Fehler machen, unsere Stärken zu schwächen.

(Willi Bräse [SPD]: Wer macht das?)

Die zentrale Stärke unseres Systems ist, dass die Betriebe in genau den Bereichen ausbilden, in denen sie zukünftig einen Fachkräftebedarf erwarten.

(Willi Bräse [SPD]: Und was machen wir mit dem Rest?)

Es wird nicht am Markt vorbei ausgebildet. Deswegen erteilen wir Ansätzen, bei denen die Entscheidung, in welchen Berufen in welcher Zahl ausgebildet wird, auf den Staat oder auf Einzelne übertragen wird, eine Absage. Wir wollen nicht, dass der Staat oder

Einzelne das entscheiden. Wir wollen, dass das weiterhin auf dem Markt entschieden wird; denn das hat bisher sehr gut funktioniert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Staat muss die jungen Menschen dabei unterstützen, aus dem bestehenden Angebot am Markt den für sie richtigen Ausbildungsplatz zu finden. Da müssen wir besser werden. Es ist heute schon mehrmals gesagt worden: Eine Abbrecherquote von 23 Prozent ist nicht akzeptabel, auch wenn viele von diesen 23 Prozent nahtlos eine andere Beschäftigung finden. Dass sie ihren Ausbildungsvertrag auflösen, kostet auf allen Seiten unnötig Zeit und Energie.

Die Bundesregierung hat sich dieses Themas im Rahmen des Ausbildungspakts angenommen. Die Verbesserung der Berufsorientierung ist Teil unseres Antrags. Ebenso fordern wir in unserem Antrag eine bessere Vorbereitung von Jugendlichen, die sich – warum auch immer – schwertun, einen Ausbildungsplatz zu finden. Ich kann Ihnen nur zustimmen: Keiner darf verloren gehen.

Es gibt eine ganze Reihe von Programmen – sie sind heute schon mehrfach genannt worden, beispielsweise die Einstiegsqualifizierung –, mit denen die Bundesregierung im Rahmen des Ausbildungspakts gemeinsam mit der Wirtschaft versucht und Möglichkeiten bietet, den Jugendlichen im Übergangsbereich zu helfen. Die Einstiegsqualifizierung ist eine Art gefördertes Praktikum von mindestens sechs bis maximal zwölf Monaten. 44 Prozent der Geförderten werden direkt vom Betrieb übernommen. Immerhin 69 Prozent der Geförderten haben innerhalb eines halben Jahres nach der Förderung einen Ausbildungsplatz.

Es geht bei der Zukunft des dualen Ausbildungssystems aber nicht nur darum, die Schwachen zu integrieren, sondern wir müssen auch darauf achten, dass die Starken der beruflichen Bildung nicht den Rücken kehren. Wenn 55 Prozent eines Altersjahrgangs mit einem Hochschulstudium beginnen, ist das erfreulich. Aber das darf nicht zu einer Überakademisierung führen. In Spanien nennt man das Titulitis. In keinem anderen Land arbeiten so viele Universitätsabsolventen in einem Job, für den sie überqualifiziert sind.

Wir dürfen jetzt aber nicht den Fehler machen, berufliche Ausbildung und akademische Ausbildung gegeneinander auszuspielen. Beides ist gleichwertig. Das zeigt auch die Einstufung im Qualifikationsrahmen. Bildung à la Merkel ist, wenn beides verbunden wird. Ich nenne als Beispiel die dualen Studiengänge. Das sind Studiengänge, die eine Lehre mit einem Bachelorstudium verbinden. Ich komme aus einer Familie, die seit Jahrzehnten im Handwerk ausbildet. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Jugendlichen, die Lehre und Studium verbinden, die besonders Leistungsfähigen und die besonders Leistungswilligen sind. Das sind die Fachkräfte, die wir in unserer Wirtschaft auch in Zukunft brauchen können und brauchen werden.

Trotz der steigenden Zahl der dualen Ausbildungsgänge sind diese immer noch zu wenig bekannt bzw. werden zu wenig geschätzt, zum Teil auch bei den Unternehmen. Genauso zu wenig bekannt, insbesondere bei den Eltern, ist die Möglichkeit, mit einem beruflichen Bildungsabschluss, zum Beispiel einem Meister, auf eine Fachhochschule und von dort aus mit einem Bachelor zur Universität zu gehen.

(Marianne Schieder [Schwandorf] [SPD]: Das ist nicht so einfach!)

In Bayern ist das Motto im Bildungswesen: Kein Abschluss ohne Anschluss.

(Katja Mast [SPD]: Kein Abschluss ohne Ausbildung!)

Wenn das gelebt und von allen Seiten akzeptiert wird, dann ist mir um die Zukunft unseres beruflichen Bildungswesens nicht bange.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)